

Das war die Österreichische Jugendkonferenz 2025



LAND
OBERÖSTERREICH



Kofinanziert von der
Europäischen Union



Bundeskanszleramt





Jugendkonferenz 2025 ...

- Wann: 11. bis 13. Juni 2025
- Wo: Linz, Oberösterreich
- Wer:
 - junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren
 - aus allen österreichischen Bundesländern und Südtirol
 - Schüler*innen, Lehrlinge und Studierende
 - teilweise in Jugendorganisationen aktiv
- Barrierefreiheit: Die Jugendkonferenz war eine barrierearme Veranstaltung (barrierefreie Räumlichkeiten, Begleitung durch bildgestützte Kommunikation, inklusive Unterstützung bei Bedarf).
- organisiert von der Bundesjugendvertretung in Kooperation mit dem Landesjugendreferat Oberösterreich und dem Bundeskanzleramt
- finanziert durch alle Bundesländer, Südtirol, das Bundeskanzleramt und die Europäische Kommission

Die Themen

Youth Goal #1 „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“

- Was bedeuten die Werte der EU für mich?
- Was braucht es für ein gutes Zusammenleben in der EU?
- Wie können junge Menschen wieder mehr Vertrauen in die EU gewinnen?
- Was braucht es um Politik jugendfreundlich zu gestalten?
- Wie kann die Demokratie in der EU gestärkt werden?



Das Programm

Was haben wir
bei der
Jugendkonferenz
gemacht?



Wir haben andere junge Menschen aus ganz Österreich und Südtirol kennengelernt, die sich aktiv beteiligen möchten.

Wir haben in einem Workshop viele Fakten rund um die Geschichte und die Institutionen der EU erfahren.

Wir haben die Werte der EU kreativ bearbeitet und reflektiert, wo uns diese Werte in unserem Alltag begegnen oder auch fehlen.

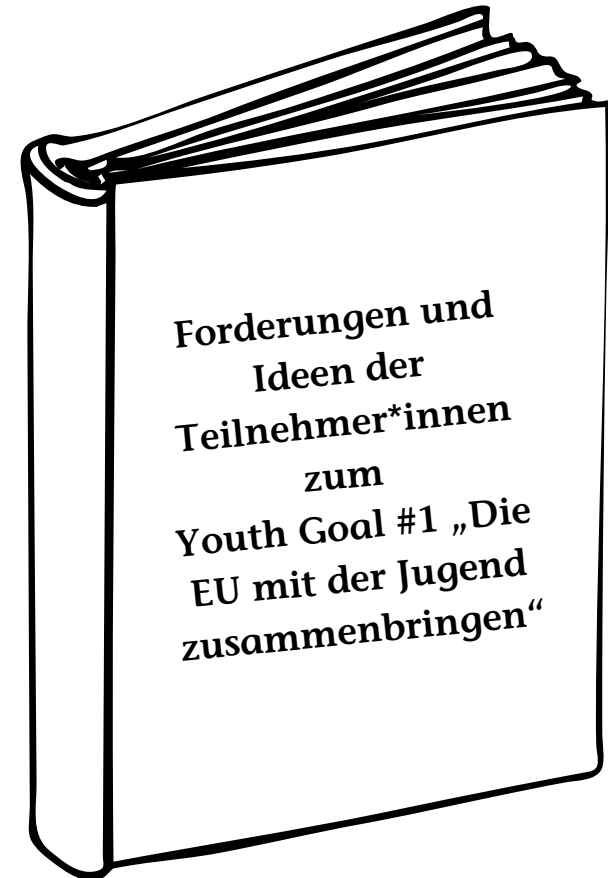
Wir haben zusammen Forderungen entwickelt, was es braucht, damit junge Menschen wieder mehr Vertrauen in die EU gewinnen.

Wir haben zusammen Forderungen entwickelt, was es braucht, damit ein gutes Zusammenleben in der EU und in Österreich möglich ist.

Wir haben unsere Ideen und Forderungen in einem Dialog auf Augenhöhe mit Politiker*innen und Beamte*innen besprochen.

Die Ergebnisse

- Die wichtigsten Ergebnisse und zentralen Forderungen fassen wir auf den nächsten Seiten zusammen.
- Alle erarbeiteten Forderungen im Detail sind in diesem [Dokument](#) zu finden.



Was bedeutet die EU für mich?



Was muss passieren, damit junge Menschen mehr Vertrauen in die EU haben?

Die EU muss für junge Menschen verständlicher werden

Die EU und ihre Entscheidungsprozesse sind für junge Menschen oft nicht leicht nachvollziehbar. Wenn Informationen über die EU und ihre Entscheidungsprozesse zu kompliziert sind oder junge Menschen nicht erreichen, löst das bei vielen jungen Menschen das Gefühl aus, dass die Entscheidungen intransparent sind.

Daher wünschen sich junge Menschen mehr zielgruppengerechte Informationen über die EU, deren aktuelle Themen und Entscheidungsprozesse.

Es braucht mehr junge Perspektiven in Entscheidungsprozessen

Die Teilnehmer*innen der Jugendkonferenz haben aktuell nicht das Gefühl, dass junge Menschen selbst ausreichend in Entscheidungsprozesse eingebunden sowie ihre Anliegen und Bedürfnisse ernst genommen werden. Das betrifft alle politischen Ebenen. Junge Menschen wünschen sich auf der einen Seite mehr qualitativ hochwertige Beteiligungsmöglichkeiten und auf der anderen Seite mehr Repräsentation in Entscheidungsgremien.

Was muss passieren, damit junge Menschen mehr Vertrauen in die EU haben?

Die EU muss für alle jungen Menschen erlebbar werden

Die EU bietet viele Angebote für junge Menschen. Die Teilnehmer*innen der Jugendkonferenz hoben einige dieser positiv hervor. Die meisten Möglichkeiten der EU für junge Menschen sind den Teilnehmer*innen allerdings nicht bekannt. Daher braucht es eine bessere und übersichtliche Kommunikation der Angebote der EU für junge Menschen.

Die Werte der EU müssen stärker gelebt werden

Unter den Teilnehmer*innen der Jugendkonferenz gab es sehr große Zustimmung für die Werte der EU. Nachdem sie sich mit den allgemeinen Definitionen der einzelnen Werte auseinandergesetzt haben, diskutierten sie, was die Werte für sie bedeuten, wo diese im Alltag spürbar sind und wo ihnen diese fehlen. Ein Ergebnis der Diskussion war, dass alle sechs Werte sehr nah miteinander in Verbindung stehen, und diese sehr stark voneinander abhängen bzw. sich gegenseitig bedingen.

Was braucht es für ein gutes Zusammenleben in der EU und in Österreich?

Demokratiekompetenzen müssen gestärkt werden

Die Teilnehmer*innen der Jugendkonferenz fordern, dass Demokratiekompetenzen bereits ab dem Kindergarten gefördert sowie alle Bildungsinstitutionen als Lernräume für Demokratie etabliert werden müssen. Nur so kann das Vertrauen in die Demokratie und in die demokratischen Prozesse der EU gestärkt werden.

Es braucht eine konstruktive Gesprächskultur und Vorbildwirkung

Für eine gelebte Demokratie braucht es eine konstruktive Gesprächskultur, die die Teilnehmer*innen aktuell gerade im politischen Umfeld oft vermissen. Politiker*innen müssen aus Sicht der Jugendlichen eine Vorbildwirkung einnehmen.

Was braucht es für ein gutes Zusammenleben in der EU und in Österreich?

Der Dialog zwischen den Generationen muss gefördert werden

Die Teilnehmer*innen der Jugendkonferenz erkannten wertschätzend an, dass ältere Politiker*innen mehr Erfahrung mitbringen. Allerdings schaffen es diese aktuell nicht, die Anliegen junger Menschen adäquat zu berücksichtigen. Daher fordern sie einerseits mehr Dialog zwischen den Generationen, im Speziellen zwischen jungen Menschen und Politiker*innen. Andererseits braucht es aus ihrer Sicht zudem ebenso mehr junge Politiker*innen.

Soziale Medien müssen reguliert und Medienkompetenzen gestärkt werden

Eine zentrale Rolle für ein gutes Zusammenleben spielen in den Augen der Teilnehmer*innen Medien. Gefordert wird die stärkere Regulierung von Social Media hinsichtlich Algorithmen, Hassnachrichten und Fake News. Auch Parteien und klassische Medien sollen zu Faktenchecks verpflichtet werden. Medienkompetenzen müssen unter allen Altersgruppen gefördert werden.

Die Teilnehmenden



JUNGE MENSCHEN

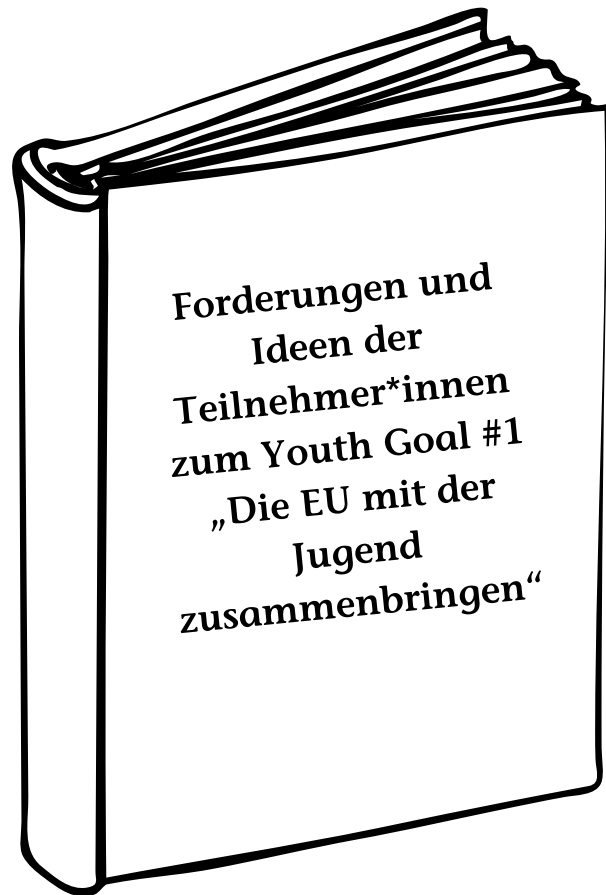
rund 60 junge Menschen
zwischen 16 und 30 Jahren aus
allen Bundesländern Österreichs
und Südtirol



POLITIKER*INNEN & BEAMT*INNEN

- Bundesministerin für Europa, Integration & Familie
- die für Jugend zuständigen Landesrät*innen
- Vertreter*innen der Verwaltung aus dem Bundeskanzleramt und den Landesjugendreferaten

Der Dialog



Bekenntnisse der Politiker*innen



Claudia Plakolm, Bundesministerin für Europa, Integration und Familie setzt sich in der Regierung dafür ein, dass

- Politische Bildung als Unterrichtsfach umgesetzt wird.
- das digitale Amt zum EU-Amt erweitert wird (One-Stop-Shop).
- AHA-Plus ausgeweitet wird und diese Plattform auch dafür genutzt werden soll, unkompliziert und schnell Input von jungen Menschen einzuholen.



Christian Dörfel, Landesrat aus Oberösterreich, will diese konkrete Maßnahme umsetzen:

- Entwicklung einer interaktiven Website, über die Angebote und Informationen für junge Menschen leicht zugänglich und bekannter gemacht werden – gleichzeitig sollen die Angebote für junge Menschen weiterentwickelt werden



Christiane Teschl-Hofmeister, Landesrätin aus Niederösterreich, will diese konkreten Maßnahmen umsetzen:

- ein Schwarzes Brett in Schulen zu EU-Angeboten
- ein Generationen-Café, das junge und ältere Menschen zusammenbringt – für die Umsetzung wird ein Paket für Gemeinden entwickelt
- Ausweitung der Plattform AHA-Plus auf Niederösterreich



Sara Schaar, Landesrätin aus Kärnten, will diese konkreten Maßnahmen umsetzen:

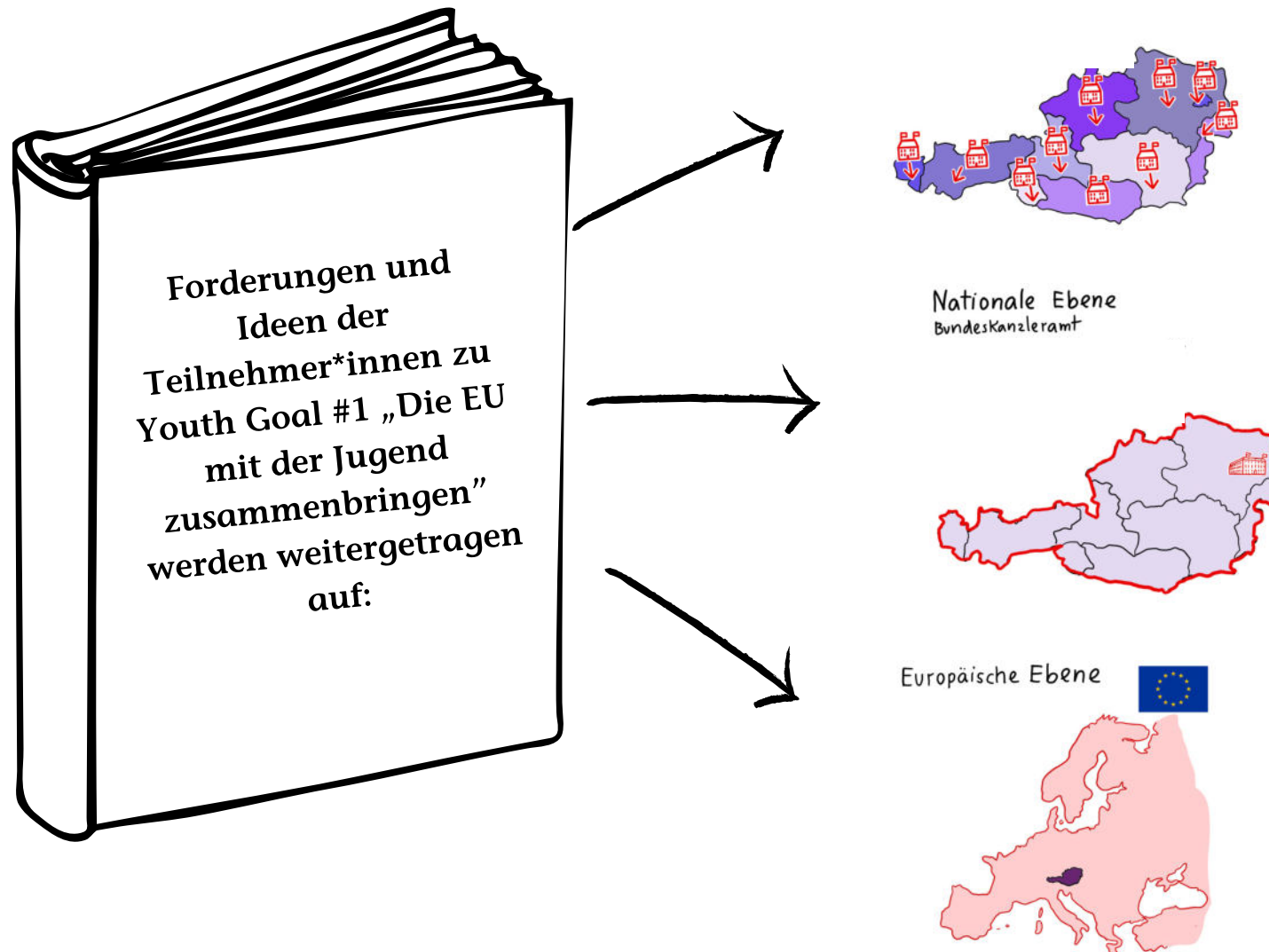
- analog: alle Schulen in Kärnten sollen mit einem eigens gebrandeten Schwarzen Brett nur mit EU-Infos und Angeboten ausgestattet werden
- digital: App, über die Angebote, Beteiligungsmöglichkeiten und Informationen jugendgerecht verbreitet werden
- Generationen-Café: moderierter Prozess, der über die Gemeinden eingeleitet werden soll



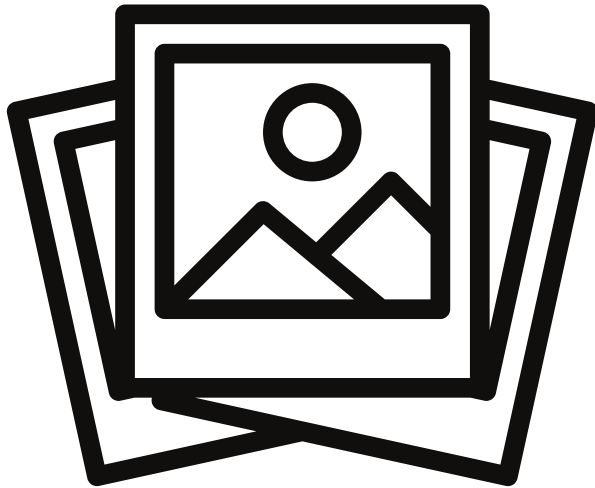
Astrid Mair, Landesrätin aus Tirol, will diese konkrete Maßnahmen umsetzen:

- Förderung regionaler Jugendbeteiligung: Junge Menschen in Tirol sollen durch regionale Treffen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. So können gemeinsame Lösungen erarbeitet werden.

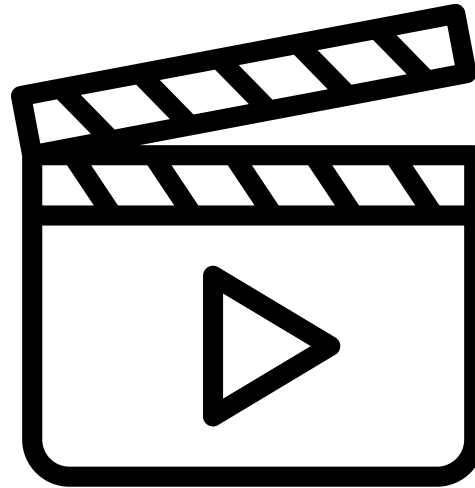
Was passiert nun mit den Ergebnissen?



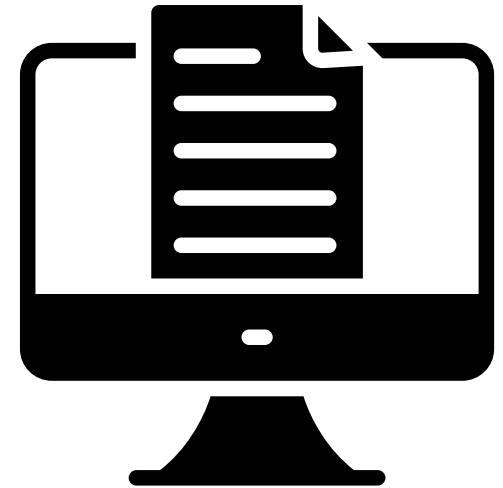
Weitere Einblicke



Fotos



Video



Forderungskatalog

Kontakt für Rückfragen

Koordinierungsstelle Jugenddialog

office@jugenddialog.at

Ansprechpersonen:

Sophie Hammer, Referentin für Kinder- und Jugendpolitik

sophie.hammer@bjv.at

Stephanie Auzinger, Referentin für Kinder- und Jugendpolitik

stephanie.auzinger@bjv.at

Team Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der
Bundesjugendvertretung

presse@bjv.at



